



Weder Schläfer noch Wolf

Über die Details des politischen Mordes an Walter Lübcke erfährt die Öffentlichkeit derzeit wenig. Dennoch ist bereits jetzt deutlich geworden, dass die Tat des Neonazis Stephan Ernst und seiner Komplizen eine direkte Folge der rassistischen Mobilisierungen auf der Straße ist. Dieser Terror von rechts ist sowohl mit dem NSU-Komplex als auch mit dem AfD-Umfeld verbunden.

Von Ulli Jentsch und Eike Sanders

Nur in kleinen Stückchen kommen in den vergangenen Wochen Details über die Ermittlungen zum Mord an Walter Lübcke (CDU) und damit Hinweise auf die Umstände der Tat ans Licht. Deutlich wurde bisher, dass der mutmaßliche Mörder STEPHAN ERNST den Anschlag offenbar langfristig geplant hatte. Er hatte mindestens mit dem ebenfalls verhafteten MARKUS H. eine Bestrafung des Kommunalpolitikers geplant, da dieser sich wegen seines Einsatzes für Geflüchtete zum Feind der beiden langjährigen Nazi-Kameraden aus Kassel gemacht hatte. Mithilfe des verhafteten ELMAR J., der als Waffenhändler mit Bezügen in die rechte Szene bekannt ist, hatten sich die drei Beschuldigten ein beachtliches Waffenarsenal zugelegt: Bei insgesamt 30 Hausdurchsuchungen in vier Bundesländern wurden von den Behörden insgesamt 46 Schusswaffen beschlagnahmt¹.

Dass keiner der Beschuldigten in den letzten Jahren als Aktivist herausragend ausgefallen war, macht diese Personen nicht zu »Schläfern«, wie sie in der Presse gerne bezeichnet werden. Der Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, machte die Übernahme des Begriffes aus der Analyse islamistischen Terrors bei einer Pressekonferenz zum Thema, als er gleichzeitig keine politischen Aktivitäten von Stephan Ernst benennen konnte. Inzwischen ist klar geworden, dass Ernst und Markus H. zwischen 2014 und 2018 zusammen auf Aufmärschen der extremen Rechten waren². Doch selbst wenn nicht: Viele politische Biografien kennen solche Phasen der Zurückhaltung oder Inaktivität, das macht diese Personen weder weniger radikal in ihren ideologischen Anschauungen noch muss dies ein Ausdruck einer Planung sein, wie es der Begriff des Schläfers nahelegt.

Es entfaltet sich eher das Bild von seit vielen Jahren neonazistisch sozialisierten Männern, bei Ernst und H. dank antifaschistischer Recherchen mit bekannten öffentlichen Wegmarken vor allem in den 2000er Jahren. Angesichts der europäischen Migrationsbewegungen scheinen sie von der weit verbreiteten Propaganda des drohenden »Austausches des Volkes« mobilisiert worden zu sein, sich wieder verstärkt politisch zu betätigen. Sie sind also gewöhnliche Mitglieder der gewaltbereiten Naziszene, die in Deutschland selbst bei konservativer Schätzung durch den Verfassungsschutz auf 12.700 Personen gezählt werden. Wahrscheinlich sind es etliche Tausend mehr, die jederzeit »auffällig« werden können, wie es im Geheimdienstjargon lautet. Die beiden hatten den Äußerungen des späteren Opfers im Oktober 2015 auf einer Bürgerversammlung in Lohfelden gemeinsam zugehört und waren darüber »in hohem Maß verärgert«. Noch am selben Abend hat Markus H. das selbstgedrehte Video hochgeladen. Lübcke hatte in Richtung rechter Proteste gesagt: »Es lohnt sich, in unserem Land zu leben. Da muss man für Werte eintreten, und wer diese Werte nicht vertritt, der kann jederzeit dieses Land verlassen, wenn er nicht einverstanden ist. Das ist die Freiheit eines jeden Deutschen.«

Gegen die »Asyl-Lobby«

Figuren wie diese brauchen keine ausgedehnten politischen Begründungen oder gar ideologische Theorien um sich dazu zu entscheiden, gegen Vertreter*innen der »Asyl-Lobby«, wie Lübcke es in ihren Augen war, vorzugehen. Dass mit Walter Lübcke ein engagierter Kommunalpolitiker ermordet wurde, noch dazu ein Vertreter der CDU, erscheint vielen jetzt eine neue Qualität darzustellen. Doch auch in anderen Ländern sind exponierte Fürsprecher*innen einer offenen und diversen Demokratie in den vergangenen Jahren Ziele politischer Morde oder Mordversuche geworden. Den Neonazis von gestern und heute schwebt ein Bild des nationalen Umsturzes vor, der

vom passiven Erwarten des »Tag X«, über die individuellen Vorbereitungen der Prepper-Szene und wütende »Merkel muss weg«-Demonstrationen, bis hin zum Kauf von Leichensäcken, in seinem Kern immer gewaltvoll und antidemokratisch ist. Insofern sind politische Amtsträger*innen nicht nur Repräsentant*innen für »Multikulti« - und etliche darüber hinaus direkt vom Rassismus der Neonazis betroffen - sondern vor allem Repräsentant*innen des Systems, das es umzustürzen gilt. Und rechte Täter(*innen) sind wie gehabt »Vollstrecker des Volkswillens« - eine Figur, die schon in den 1990ern treffend das Zusammenspiel zwischen verbaler und abstrakter politischer Ausgrenzung und konkreter Gewalttaten beschrieb.

“Den Neonazis von gestern und heute schwebt ein Bild des nationalen Umsturzes vor, der in seinem Kern immer gewaltvoll und antidemokratisch ist.”

Rassismus, Antisemitismus und antidemokratische Einstellungen, die in jedem parlamentarischen Politiker* den Volksverräter sehen, vermengen sich untrennbar: In dem Buch »Umvolkung« des extrem rechten Autors AKIF PİRİNÇİ wird die Begegnung zwischen Walter Lübcke und seinem späteren Mörder auch beschrieben und interpretiert: »Offenkundig scheint die herrschende Klasse den Respekt vor dem eigenen (Wahl-)Volk so restlos abgelegt zu haben, daß man ihm schulterzuckend die Ausreise empfehlen kann, wenn es nicht pariert. Es gäbe da auch noch andere Möglichkeiten, aber die KZ, so dürften einige Machthaber wohl im Stillen denken, sind ja leider außer Betrieb.« (Pirinçi 2016: 90) Diese Passage ist jene sogenannte »KZ-Rede«, die Pirinçi in leicht veränderter Form beim Pegida-Aufmarsch am 19. Oktober 2015 vor knapp 20.000 Zuhörer*innen in Dresden vortrug.⁵ Dass nun das Buch »Umvolkung« bei Markus H. gefunden wurde, in dem er eben jene Lübcke-/KZ-Passage markiert hatte, verleitet einige dazu, darin die klandestine Vorbereitung der mutmaßlichen Täter zu erkennen. Es sei

aber daran erinnert, dass jener Jubiläums-Pegida-Aufmarsch, ein Jahr nach der Entstehung der rassistischen Bewegung in Dresden und ihrer öffentlichen Bagatellisierung, ein enormes Medienecho nach sich zog. Beachtenswerte 30.000 Gegendemonstrant*innen kamen in Dresden unter dem Motto »Herz statt Hetze« zusammen. Die Aufmerksamkeit konnte verstärkt auf den Rassismus und Neonazismus der Bewegung gelenkt werden und letztendlich teilte sich die Gesellschaft in Demokratie-Verteidiger*innen auf der einen und Pegida-Versteher*innen auf der anderen Seite. Denn wichtig ist zu betonen, dass sich Pirinçi in Dresden tatsächlich zwei Tage nach dem Messer-Attentat auf Henriette Reker hinstellte, um unter Bezug auf Lübcke öffentlich gegen Politiker*innen zu hetzen. Die Kölner Oberbürgermeister-Kandidatin Reker war am 17. Oktober 2015 durch FRANK STEFFEN, einen 44-jährigen »Einzeltäter« mit eindeutiger extrem rechter Vergangenheit, schwer verletzt worden. Am Tatort rief er, er habe das wegen »Rekers Flüchtlingspolitik« getan. Deutschlandweit wurde erstmalig durch Presse und Politik ein Zusammenhang zwischen der Hetze von Pegida und der Tat hergestellt.

Die Bürgerversammlung in Lohfelden am 14. Oktober, die Veröffentlichung des Videos, der terroristische Anschlag auf eine Politikerin am 17. Oktober und Pirinçis Rede am 19. Oktober standen also in einem sehr deutlichen inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang und waren Bestandteil eines Medienechos mit einem bundesweiten Publikum. Insofern waren H. und Ernst nur zwei von Tausenden und Lübcke war nur einer, der öffentlich als Feind markiert wurde.

Hetzer oder Stichwortgeber?

Es gilt zu fragen, was in einem Fall wie Lübcke die Täter und das Opfer zusammen führt. Wer stachelt zum Terror auf und wer hat die vielen potenziellen und am Ende auch die realen Opfer ausgewählt, verletzt, ausgegrenzt, zum Abschuss freigegeben?

Während im US-amerikanischen Diskurs diese Stichwortgeber, die indirekt die Tat ermöglichen, »indirect enabler« genannt werden und dadurch versucht wird, die Verantwortung eines machtvollen, aggressiven Wortführers wie ALEX JONES oder auch eines DONALD TRUMP zu beschreiben, ist der deutschsprachige Diskurs weitgehend sprach- und begriffslos. Der Begriff des Hetzers ist schön lautmalerisch, doch er ist ungenau und nicht nur durch den inzwischen inflationären Gebrauch potenziell verharmlosend: Er fokussiert so sehr auf den Aspekt, dass Emotionen wie Hass erzeugt werden, dass die möglicherweise durchaus bewusste Intention, irgendjemanden zu einer Tat zu ermutigen, nicht erfasst wird.

Dies erreicht im englischsprachigen Diskurs der Begriff des »stochastic terrorism«⁶. Er beschreibt Personen, die die gewünschte Resonanz einer terroristischen Tat provozieren und zwar unabhängig davon, was genau die Tat ist, wer der Täter ist oder letztendlich sogar, ob eine Tat überhaupt stattfindet.⁷ »Stochastischer Terrorismus« schafft eine Situation, in der eine so hohe Anzahl von Pfeilen in Richtung potenzieller Täter abgeschossen wird, dass sich schon irgendjemand »da draußen« durch die Ansprache ins Mark getroffen fühlen wird und handelt. Im Zusammenhang mit dem Mord an Walter Lübcke könnte man also in Anlehnung an die englischsprachige Debatte durchaus die umfassende öffentliche Markierung des Kommunalpolitikers als »Volksverräter« durch Internetportale oder Reden auf Pegida-Versammlungen als stochastischen Terrorismus bezeichnen. Von der Veröffentlichung der Privatadresse mal ganz abgesehen.

Es werden so viele potenzielle Opfer markiert, dass sich der Täter das ihm persönlich passende Opfer aussuchen kann. Mit Reker und Lübcke suchten sich die Täter Opfer in räumlicher Nähe aus, in Bærum verband der Täter den Hass gegen ein Familienmitglied (seine chinesischstämmige Halbschwester) mit dem gesellschaftlichen antimuslimischen Rassismus und dem Vorbild des Attentäters von Christchurch. Ähnliches dürfte bei dem Terrorakt in Dayton der Fall gewesen sein.⁸



Stephan Ernst (Mitte) posiert mit Kadern der schwedischen Nationalsozialistisk Front (NSF) beim Heß-Gedenken in Wunsiedel am 17. August 2002. Foto: NSU-Watch

Zwischen NSU und AfD

Der politische Mord an Walter Lübcke steht in der Geschichte des rechten Terrorismus zwischen dem NSU-Komplex und dem AfD-nahen und Pegida-Umfeld. Im Unterschied zu Bærum, Dayton und Christchurch erkennen wir bei der Gruppe um Stephan Ernst deutlich die Rolle, die ihre Geschichte in der organisierten Naziszene als Bindeglied zwischen dem »Tag-X«-Narrativ, der Feindmarkierung und der Umsetzung einer Tat spielen. Es ist die Praxis der notwendigen Überschreitung von verbaler Gewalt zur geplanten, tatsächlichen Gewalt bis hin zu Mord und Terrorismus. Eine paramilitärische Ausbildung, das Lernen von Terrorismuskonzepten und das Festigen des neonazistischen Weltbildes ist das, was die Kasseler Kameradschaftsszene mit ihren Bezügen zu COMBAT 18 für Stephan Ernst in den 2000er Jahren war. Das sieht eher wie der klassische Radikalisierungsverlauf aus den 1990er Jahren aus, den wir auch vom Kerntrio des NSU kennen.

Gleichzeitig bewegten sich zumindest Ernst und H. in den vorerst letzten Jahren in Freiheit in dem so mobilisierungskräftigen und dynamischen Pegida- und AfD-Spektrum und besuchten deren Aufmärsche. Dort holten sie sich die notwendige Motivation zu ihren Taten durch die Stichwortgeber ab. Markus H. benutzte Youtube,

um selber Propaganda zu verbreiten, las entsprechende Publikationen. Beide nutzten den örtlichen Schützenverein zum Schießtraining. Ohne ihre Vorgeschichte wären diese beiden Beschuldigten ganz normale AfD-Anhänger. •

¹ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner und anderer (Fraktion DIE LINKE), Drucksache 19/11872, Der Mord an Walter Lübcke. ² Beide waren am 1. September 2018 auf einer AfD-Demonstration in Chemnitz, zumindest H. am 7. Oktober 2015 in Erfurt auf einer AfD-Demonstration sowie H. zumindest auf einer weiteren in Dresden, so sein Anwalt. ³ Vgl. Beschluss des BGH vom 22.08.2019 unter <https://juris.bundesgerichtshof.de> ⁴ Dies gilt selbstverständlich auch für nicht-cis-männliche Politiker*innen, wird hier dann aber noch durch frauen- und LGBTI*-feindliche Projektionen verschoben und verstärkt. ⁵ Dem brachte die Rede nicht nur eine Verurteilung wegen Volksverhetzung ein – 2018 auch einen Strafbefehl für Lutz Bachmann, der die Rede online stellte – sondern zog auch Pirinçis Kündigung durch seinen Verlag Random House Rückzug seiner Bücher aus dem Verlagsprogramm nach sich. ⁶ Also übersetzt »stochastischer Terrorismus«, stochastisch bedeutet vom Zufall abhängig. ⁷ Vgl. hierzu vor allem Mark S. Hamm / Ramón Spaaij: The Age of Lone Wolf Terrorism, New York 2017. ⁸ In Bærum, Norwegen, versuchte am 10. August 2019 ein junger Norweger ein Massaker in einer Moschee durchzuführen, wurde aber durch einen Gläubigen vor Ort gestoppt. In der Presse hieß es »Keine Toten oder Schwerverletzten«, jedoch hat der Täter vor seinem Besuch in der Moschee seine adoptierte Stiefschwester Johanne Zhangjia Ihle-Hansen aus mutmaßlich rassistischen Motiven ermordet. In Dayton, USA, erschoss ein 24-jähriger Weißer am 4. August 2019 neun Menschen, darunter seinen trans Bruder. Am Vortag hatte ein 21-Jähriger in einem Walmart-Supermarkt in El Paso, Texas, 22 Menschen erschossen und weitere 24 schwer verletzt. Sowohl dieser Täter als auch jener in Bærum bezogen sich auf das Christchurch-Attentat.





Öffentlichkeitswirksame Mobilisierung von rechten Frauen am 17.2.2018 in Berlin.
 V.l.n.r.: Leyla Bilge (AfD), Marie-Thérèse Kaiser (AfD), Katja Kaiser (Wir für Deutschland, Pegida). Foto: Oskar Schwartz

Rechte Frauenmobilisierungen nach Köln

Extrem rechte Frauen und ›ihre‹ Themen werden in der eigenen Szene nicht nur vereinnahmt: Die Selbstorganisation rechter Frauen und ihr Engagement zu ›Frauthemen‹ kann selbstermächtigende Momente mit sich bringen, bewegt sich dabei jedoch immer im Spannungsfeld von Realität, Inszenierung und Rezeption - und bleibt rassistisch und antifeministisch.

von AK Fe.In

Im direkten Nachgang der Silvesternacht 2015 kamen einige teils erschreckende, teils skurrile und bemerkenswerte Aktionen und Kooperationen zustande: Eine Handvoll extrem rechter Frauen, darunter die Aktivistinnen MELANIE DITTMER, SIGRID SCHÜSSLER und ESTER SEITZ schlossen sich noch im Januar 2016 zum MÄDELBUND HENRIETTE REKER zusammen und posierten mit einem ausgestreckten Arm und geballter Faust. Sie bezogen sich damit auf den von der damaligen parteilosen Bürgermeisterin Henriette Reker von Köln vorgeschlagenen Verhaltenskatalog für Frauen*, der unter anderem »eine Armlänge Distanz« zu »Fremden« beinhalten sollte. Da die meisten der wenigen Aktivistinnen eine jahrelange Postenkarriere in extrem rechten Organisationen (Kameradschaften, NPD, RNF, Identitäre, PEGIDA und ihre lokalen Ableger) vorweisen konnten, war ihnen in einem kurzen Zeitfenster große Aufmerksamkeit sicher und half ihnen über mutmaßliche Differenzen hinweg. Diese medienwirksame Gruppe verschwand allerdings schnell wieder von der Bildfläche, ohne mehr als ein paar Fotos mit

Gruppentransparenz bei wenigen rechten Mobilisierungen und viele zynische Kommentare auf der eigenen Facebookseite hinterlassen zu haben. Übrig ist heute eine nur noch von der umtriebigen ehemaligen NPD-Politikerin Sigrid Schüssler genutzte Facebookseite. Zeitgleich ernteten die Frauen um die damalige stellvertretende Vorsitzende der BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN, JUDITH WOLTER, die Früchte der antimuslimisch-rassistischen Propaganda und gründeten FRIEDA (Frauen gegen die Islamisierung und Entrechtung des Abendlandes): »Die Silvester-Schande von Köln muss jetzt zu einem Aufwachen führen. Gerade bei uns Frauen, weil wir die ersten Leidtragenden einer Islamisierung und Entrechtung im eigenen Land sind! Rapefugees not welcome! Frauen, wehrt Euch!«¹ Laut PI-NEWS plane FRIEDA »Seminare zum Notwehr- und Nothilfe-recht, Selbstverteidigungskurse für Frauen sowie politische Vorträge und Schulungen.«² Von diesen Aktivitäten ist nichts bekannt. Auch diese Gruppe zählte entgegen der Darstellung im Gründungsmanifest den Bildern zufolge lediglich eine Handvoll Aktivistinnen und existierte nur

gut ein Jahr. (...) Auch in der parteiförmigen Rechten tat sich in Punkto Frauen*organisation in den letzten Jahren einiges. Am 3. November 2018 fand der erste »Alternative Frauenkongress« statt, es gründete sich FRIDA – FRAUEN IN DER ALTERNATIVE E. V. als eingetragener Verein. Die Vorsitzende ANJA MARKMANN kommentierte die Gründungsveranstaltung: »Wir sind eben keine linksgrünen männerhas-senden Frauen, die gegen ein vermeintliches Patriarchat kämpfen wollen, sondern Frauen, die allesamt mitten im Leben stehen und sich für eine vernünftige alternative Politik einsetzen – das unterscheidet uns von den Frauenorganisationen der Altparteien«³. Die eingetragenen Vorstandsmitglieder sind AfD-Frauen, die in der Hierarchie der Funktionen und Mandate eher in den hinteren Reihen der Gesamtpartei zu verorten sind – also ehemalige AfD-Stadträtin oder Bezirksvorstandsbeisitzerin.⁴ Die großen weiblichen Namen der Partei wie ALICE WEIDEL, BEATRIX VON STORCH, MARIANA HARDER-KÜHNEL, BIRGIT BESSIN oder CHRISTINA BAUM fehlen in öffentlichen Verlautbarungen, alleinig NICOLE HÖCHST ist Schirmherrin des Vereins. Sie ist

eine von zehn Frauen der 91 Abgeordneten der AfD-Fraktion im Bundestag, dessen Frauenanteil ohnehin nur 31 Prozent beträgt. Beginn 2019 entstand neben FRIDA eine Organisation namens FALTER, der FRAUENALTERNATIVE E. V. als Verein in Gründung: »Wir machen politische und soziale Angebote für Frauen jenseits von ›Gender‹ und ›Quotenforderung‹ und sind somit eine echte Alternative für alle politisch interessierten Frauen.« Als Referentinnen werden auf der Homepage von Falter neben den drei Gründungsmitgliedern BEATE PRÖMM (Berlin), HEIKE THEMEL (Bayern) und ALEXANDRA KLOSS (Thüringen)⁵ auch LEYLA BILGE (Listenkandidatin zur Landtagswahl in Brandenburg) und CHRISTIANE CHRISTEN aufgeführt und damit zwei AfDlerinnen, die schon sogenannte Frauenmärsche oder Kandel ist überall-Demonstrationen organisierten.⁶ Die Aktivitäten von FRIDA und FALTER werden bisher weder in der eigenen Partei noch in der antifaschistischen Beobachtung groß wahrgenommen, wengleich in Deutschland vor allem die Frauenmärsche und auch der initiierte Frauenkongress 2018 einige Wirkung erzielen konnten, die über die AfD hinausgingen. Die bisherigen Versuche der AfD, als Frauen frauenpolitisch aktiv zu sein, sind also von Defiziten in der Außenwirkung und den für die AfD typischen Spaltungen gekennzeichnet. Es sind Einzelpersonen wie Leyla Bilge oder Nicole Höchst, die durch ihre Biografie und ihr Engagement frauen*-politische Themen in die AfD spülen, diese Leerstelle vermeintlich authentisch zu füllen scheinen und sich mit dem Thema einen Platz in der Partei sichern und punktuell in Eigenorganisationen aktiv sind. (...)

In Deutschland hat in den letzten 15 Jahren die Zahl der Selbstorganisationen deutlich abgenommen, nicht aber die Zahl der Frauen* in der rechten Szene insgesamt. Das Engagement hat sich also in gemischtgeschlechtliche Gruppen oder kurzlebige Projekte verlagert, in denen Frauen* weiterhin verschiedenste Rollen und Themen besetzen: von der Parteivorsitzenden, die sich selten zu Gender-Themen äußert, über die lokal verankerte Politikerin, die sich um Kinder und so-

nannte ›weiche‹ Themen kümmert, die intellektuelle Vordenkerin, die Liedermacherin, bis hin zur Rechtsterroristin. Inwieweit selbstermächtigende, also quasi emanzipative Momente in der damaligen Hochphase der Frauenorganisation, den späten 1990er und frühen 2000er Jahren, zentral waren oder ob es einfach die sichtbar gewordene Ausdifferenzierung einer gewachsenen Spielwiese war, ist schwer zu beurteilen. Aus der friedlichen Koexistenz verschieden ausgerichteter Gruppen entstanden seltener Spaltungen, häufiger verschwanden viele rechte Frauen (ebenso Männer) und ihre Gruppen von der Bildfläche. Nach einer oft jugendlich geprägten sehr aktiven Phase zogen sie sich in das politische Private zurück, gründeten Familien und tauchten vereinzelt erst wieder auf, als die gesamte Szene mit den rassistischen Mobilisierungen der letzten Jahre neuen Schwung bekam. Dementsprechend ist die heutige

„Die Ausnahme von der Regel zu sein ist profitabel.“

Realität, dass Frauen durchaus verschiedenste Rollen und Funktionen erfüllen, die immer im Spannungsfeld von Realität, Inszenierung und Rezeption stehen. (...)

Alice Weidel ist AfD-Spitzenfunktionärin, weil und obwohl sie eine in einer Beziehung mit einer Frau lebende Frau ist. Ihre sexuelle Identität und Orientierung scheinen derzeit für sie und die Gesamtpartei ein Vorteil zu sein. Ob, wann und unter welchen Umständen dieser Vorteil in einen Nachteil umschwenken wird, wird sich zeigen. Die Ausnahme von der Regel zu sein, ist profitabel, sowohl für die Ausnahme, als auch für die Mehrheit, die sich mit dieser Ausnahmeregelung als tolerant und divers darstellen kann. Diese prekär funktionierende, funktionale Ambivalenz ist nicht mit einer pathologisierenden Annahme einer Persönlichkeitsstörung von Weidel zu erklären. Sie zeigt sich auch in der Existenz von Gruppen wie ALTERNATIVE HOMOSEXUELLE oder den JUDEN IN DER AfD in einer tendenziell homo- und trans*feindlichen

sowie antisemitischen Partei. Das Problem bleibt hier also, dass bei (extrem) rechten Frauen* oft vor allem von außen beurteilt wird, ob sie mit der angenommenen einen einzigen ›Rolle der Frau‹ übereinstimmen. Sie selbst finden und nutzen unterschiedlichste Strategien, um die Widersprüche zwischen Ideologie und Realität zu überbrücken. So bleibt im rechten Weltbild nach wie vor tendenziell die Frau für die Kindererziehung, den Haushalt, die Pflege von Kultur und Familienbanden zuständig. Es finden und fanden jedoch immer wieder Modernisierungen dieser Rollenzuschreibungen statt. Die rechte Szene bietet immer wieder ergänzende weitere Rollenmodelle an und sie ist außerdem oftmals sehr offen für individuelle Abweichungen, die nur von außen absurd wirken mögen. So ist eine Selbstorganisation von Frauen innerhalb einer extrem rechten Szene oder Gruppierung Konjunkturen von gesamtgesellschaftlichen Themen, Dynamiken und Rollenzuschreibungen unterworfen. Frauen* bleiben darin allerdings aktiv handelnde Subjekte, die ihre zugeschriebene und performative Geschlechtsidentität auf die eine oder andere Weise zu verstecken, meist aber zu nutzen wissen. •

*Dieser Text ist ein leicht gekürzter Auszug aus dem Buch »Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt«. Das Buch ist unter Mitwirkung unserer Mitarbeiterin Eike Sanders kürzlich im Verbrecher Verlag erschienen.*

¹ Gründungsmanifest, datiert auf den 18.1.2016, vgl. o. A.: (2016): Frauenrechtsgruppe »Frieda« in Köln gegründet. In: PI-News vom 20.01.2016 (abgerufen am 21.4.2019). ² Ebd. ³ O. A. (o. J.): Gründung von FridA. Online: <http://nicole-hoechst-afd.de/2018/12/10/bericht-aus-berlin-2/> (abgerufen am 21.04.2019). ⁴ Der Vereinsregisterauszug führt Anja Markmann (ehemalige AfD-Stadträtin Heidelberg) als Vorsitzende, Ann-Kathrin Homann (Beisitzerin im Bezirksverbandes der AfD in Berlin-Tempelhof-Schöneberg) als stellvertretende Vorsitzende und Michaela Eglseer (Bayern) als zweite stellvertretende Vorsitzende auf. ⁵ Kloß und Prömm wurden in der ersten PM zur Gründung von FridA im November 2018 als Vorstandsmitglieder genannt, sind nun aber nicht mehr dabei. Im Frühsommer 2019 ging die Homepage der frauen-in-der-alternative offline. ⁶ Bilge mit ihrem Verein »Leyla e.V.« war 2018 die Hauptorganisatorin zweier Frauenmärsche durch Berlin. Vgl. MBR (2018): MBR-Einschätzung zum »Frauenmarsch« am 09.06.18. Online: <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/mbr-einschaetzung-zum-frauenmarsch-am-09-06-18/> (abgerufen am 21.04.2019). Christen gehörte zum initiierten Kreis von Kandel ist überall, laut einem FB-Post der Kampagne vom 19. Juli 2018.



MATTHIAS MEISNER /
HEIKE KLEFFNER (HG.)

EXTREME Sicherheit

RECHTSRADIKALE IN POLIZEI,
VERFASSUNGSSCHUTZ,
BUNDESWEHR UND JUSTIZ

HERDER

Matthias Meisner / Heike Kleffner (Hrsg.): *Extreme Sicherheit. Rechtsradikale in Polizei, Verfassungsschutz, Bundeswehr und Justiz.* Herder Verlag. 320 Seiten. 24,00 Euro.

Im September wurde der erste Sammelband zu rechten Netzwerken im Staatsapparat veröffentlicht. Das vielfältige Werk zeigt, nicht zuletzt aufgrund der Beteiligung einer langen Reihe von Investigativjournalist*innen, wie überfällig solch ein Überblick zum jetzigen Zeitpunkt war.

Es ist ein wirklicher Aufwand - selbst für diejenigen, die sich in diesem Stoff auskennen - an all den Geschichten über rechte Terrornetze dran zu bleiben, die direkt oder indirekt auch die derzeitigen Zustände in den deutschen Behörden thematisieren. Seitdem die skandalösen, von institutionellem Rassismus geprägten Ermittlungen der Polizei in der Mordserie des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUNDS (NSU) und die unaufgeklärte Verwicklung der Geheimdienste darin bekannt geworden sind, sind die Zweifel, ob wir diesen Behör-

Rechte Netzwerke im Staatsapparat

von Ulli Jentsch

den beim Vorgehen gegen rechten Terror vertrauen können, auf dem Tisch. Ebenso wird regelmäßig die Frage aufgeworfen, ob es im Einzelnen rechte Sympathien, behördliche Willkür oder auch ‚nur‘ anmaßende Dummheit ist, die Beamt*innen zum Zusammenwirken mit neonazistischen Akteuren bringt. Oder eine beliebige Kombination dieser drei Motive.

Die beiden Herausgeber*innen, Heike Kleffner als freie Journalistin und langjährige Engagierte gegen rechte Gewalt sowie Matthias Meisner, Redakteur beim Berliner Tagesspiegel, machen deutlich, dass die demokratische Verfasstheit von Polizei, Justiz, Bundeswehr und Verfassungsschutz kein Thema wie jedes andere für sie ist. Entsprechend solle das Buch »eine Tiefenbohrung« sein und ausleuchten, wo die Demokratie aufgrund der extrem rechten Gesinnung der zu ihrem Schutz aufgeborenen Funktionsträger*innen plötzlich schutzlos scheint.

Das Thema des Buches ist also hochaktuell, wie auch manche der hier versammelten Recherchen. Die Herausgeber*innen haben es geschafft, viele der Journalist*innen zusammen zu bringen, die in den vergangenen Jahren oder zum Teil auch nur Monaten an ihren Geschichten dran waren. Das Resultat ist eine sehr lange, aber beeindruckende Sammlung von dreißig (!) Artikeln auf 320 Seiten, darunter auch zwei Interviews (mit den Professoren Tobias Singelstein und Christoph Kopke auf der einen, dem Kriminologen und Polizeiausbilder Joachim Kersten auf der anderen Seite), die beide spannende Einblicke in »cop culture« und polizeiinterne Sozialstrukturen liefern. Hier wird vor allem deutlich, wie dringend notwendig soziologische Studien innerhalb des Polizeikorps sind, um belastbare Aussagen zum Problemfeld in dieser abgeschotteten Behörde zu erhalten. In den fünf Kapiteln Grauzonen, Polizei, Justiz, Bundeswehr und Verfassungsschutz

liefern die Autor*innen unter anderem Einblicke in den »Nazi-Sturm« auf Leipzig-Connewitz (Aiko Kempfen), die Anschlagserie in Berlin-Neukölln (Malene Gürgen), den hessischen Polizeiskandal um den NSU 2.0 (Pitt von Bebenburg und Hanning Voigts), den Fall der Nazischläger-Truppe ARYANS (Henriette Scharnhorst und Sebastian Scharmer), die AfD als selbst ernannte Soldaten-Partei (Maria Fiedler) oder auch den seltsamen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes, Herrn Nocken (Jens Eumann). Einleitungen zu den jeweiligen Kapiteln wären zur Orientierung der Leser*innen hilfreich gewesen. Die meisten Beiträge sind kurz gehalten und einem journalistischen Stil verpflichtet. Trotzdem erschlägt die Menge an Fakten und die Spannweite der Themen schnell und es ist ebenso ratsam wie machbar, das Buch in Etappen zu konsumieren.

Der Sammelband will Diskussionsbeitrag und Anstoß für die Verantwortlichen in der Politik sein, wie es Herder-Lektor Patrick Oelze formulierte; ein Anspruch, den die Anwesenheit von vier Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Deutschen Bundestag bei der überfüllten Buchpremiere bei der taz eindrucksvoll unterstrichen hat. Die Diskussion über rechte Netzwerke in den Behörden hat gerade erst begonnen, der Band »Extreme Sicherheit« ist als Referenzwerk für alle zu empfehlen, die sich daran beteiligen wollen. Sie werden sich auch dagegen wappnen müssen, dass das Entsetzen, das die Enthüllungen über die rechten Umtriebe auslöst, von manchen Verantwortlichen arrogant abmoderiert wird. Auch das war auf der Buchpremiere zu besichtigen und es ist zu hoffen, dass Skandale, wie sie in diesem Buch versammelt sind, in Zukunft nicht mehr unter den parlamentarischen Teppich gekehrt werden können. •

Marsch für das Leben in Berlin blockiert

Berlin • Feministische Gegenproteste hielten den diesjährigen MARSCH FÜR DAS LEBEN christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner*innen gut eine Stunde auf. Der veranstaltende Bundesverband Lebensrecht (BVL) beschloss daraufhin, den kürzesten Weg zurück zu nehmen, um auf der Reichstagswiese mit reichlich Verspätung und den verbliebenen Teilnehmer*innen den Abschlussgottesdienst abzuhalten. Im Durchschnitt liefen lediglich etwa 5.500 Menschen beim Marsch mit, deutlich mehr als in den vergangenen zwei Jahren. Dazu beigetragen hat der erstarkende Antifeminismus, befeuert auch durch die AfD, und die inzwischen professionalisierte Kampagnenarbeit gegen eine Lockerung des § 219a. Wie immer wurden einzelne FunktionärInnen der CHRISTEN IN DER AfD (CHRÄFD) gesichtet. Die Reden drehten sich vermehrt um medizinische Fragen und versuchten, auch auf Plakaten, Bezüge zu ökologischen, linken und jugendlichen Slogans und Bewegungen herzustellen: Man feierte sich als »saturday for future« und trug Schilder mit »no children no future« oder »stand against embryo-phobia«. Selbst

gemalte Plakate wie dieses waren die wenigen Zeichen, die vom am selben Wochenende abgehaltenen »Impact«-Kongress der JUGEND FÜR DAS LEBEN in Berlin zeugten.

Neonazi-Konferenz in Portugal

Lissabon (Portugal) • Zu einer Konferenz mit europäischer Beteiligung hatte am 10. August 2019 die kleine neonazistische Vereinigung NOVA ORDEM SOCIAL (etwa: Neue Soziale Ordnung) nach Lissabon eingeladen. Die Veranstaltung war großspurig als »größte nationalistische Konferenz aller Zeiten in Portugal« beworben worden, es kamen rund 70 Personen, überwiegend portugiesische Gäste. Von den »größten nationalistischen Führern Europas« erschienen neben dem Chef des N.O.S. selbst, MÁRIO MACHADO, der Franzose YVAN BENEDETTI (Sprecher der PARTI NATIONALISTE FRANCAIS, PNF), der Bulgare BLAGOVEST ASENOV (NATIONALER WIDERSTAND BULGARIEN, NRB), die Italienerin FRANCESCA RIZZI, die offen ihr Rückentattoo – einen Reichsadler mit Hakenkreuz – zeigte, der Deutsche MATTHIAS DEYDA (DIE RECHTE, Dortmund) sowie ALBA LOBERA und JOSELE SANCHEZ (LA TRIBUNA DE ESPANA). Weitere ausländische Gäste waren angekündigt, aber nicht erschienen, darunter die Polin ADRIANNA

GASIOREK (NATIONALRADIKALES LAGER, ONR) und der Brite PAUL GOLDING (BRITAIN FIRST).

In eigener Sache: AfD scheitert vor Gericht

Berlin • Mehrfach versuchte die Berliner AfD die Ausstellung »Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945« zu zensieren, während diese im Sommer im Rathaus Neukölln zu sehen war. Die Partei wollte in der vom apabiz und dem Aktiven Museum konzipierten Ausstellung nicht genannt werden und wandte sich an das Verwaltungsgericht mit dem Ziel, das Zeigen der Ausstellung im Rathaus zu unterbinden. Diesem Wunsch widersprach das Verwaltungsgericht, die Gestaltung der Ausstellung in den Räumen des Rathauses verstoße nicht gegen das Neutralitätsgebot. Auch vor dem Oberverwaltungsgericht scheiterte die AfD. Unterdessen stellte sich Bezirksbürgermeister Martin Hikel (SPD) hinter das Projekt. In der BVV gab er an: »Antifaschismus, also die Ablehnung von Faschismus, von Rechtsextremismus und von rechtsextremem Terror, ist Kerngedanke unserer Demokratie.« Die Ausstellung gastiert ab Mitte Oktober an der TU Berlin.

»Berliner Zustände 2018« erschienen

Im August erschien die aktuelle Ausgabe der von apabiz und *Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)* herausgegebenen »Berliner Zustände – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus«. Thematische Schwerpunkte der insgesamt neun Artikel liegen auf den Bedrohungen und Gefahren rassistischer Kontinuitäten sowie den zunehmenden Anfeindungen von Rechtsaußen-Akteur*innen wie der AfD gegen Projekte und Initiativen, die sich gegen Rassismus und extreme Rechte engagieren und für eine emanzipatorische Gesellschaft eintreten.

EACH ONE, die Beratungsstelle von und für Schwarze Menschen, thematisiert den gesellschaftlich und institutionell verankerten Antischarzen Rassismus. Die *Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen*

e.V. (*KuB*) schildert, wie sie Geflüchtete in Berlin dabei unterstützt, ihre Rechte wahrzunehmen. Die alltägliche gewaltsame Realität für von Rassismus betroffene Menschen und die besondere psychische Belastung für Kinder und Jugendliche zeigen die Opferberatungsstelle *ReachOut* und das Projekt *OPRA*. Um die zunehmenden politischen Angriffe von rechtsaußen auf die Zivilgesellschaft und Möglichkeiten, sich dagegen zur Wehr zu setzen, geht es in den Artikeln der *MBR*, der *Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke* sowie im Gespräch mit *DIE VIELEN* und der *Deutschen Aidshilfe*. Das *apabiz* diskutiert zwei gescheiterte Verbotversuche von extrem rechten Demonstrationen.

Die Printausgabe ist beim apabiz und der MBR erhältlich. Unter schattenbericht.de sind alle Ausgaben und Artikel digital zu finden.



• **Felix Bohr: Die Kriegsverbrecherlobby. Bundesdeutsche Hilfe für im Ausland inhaftierte NS-Täter, Suhrkamp, Berlin 2018.**

Verschiedenste Veröffentlichungen der letzten Zeit zur Vergangenheitspolitik in der Frühphase der BRD beschäftigten sich vor allem mit deutschen Strukturen. Der Historiker Felix Bohr wendet nun den Blick ins Ausland und betrachtet deutsche Netzwerke für inhaftierte NS-Verbrecher außerhalb der Bundesrepublik. Mit der zunehmenden Westbindung der BRD wurden auch im Ausland die meisten inhaftierten NS-Täter bereits in den Fünfziger Jahren entlassen. Zu den letzten Inhaftierten im Ausland gehörte beispielsweise HERBERT KAPPLER, ehemaliger Kommandeur der Sicherheitspolizei und Verantwortlicher für das Massaker in den Ardeatinischen Höhlen (1944) in Italien. Bohr beschreibt ausführlich mit Hilfe zahlreicher bisher schwer zugänglicher Quellen auf über 500 Seiten die vielschichtige Unterstützung aus Politik, Kirche und Alt-nazis für diese letzten inhaftierten NS-Täter als Spiegelbild der bundesdeutschen Vergangenheits- und Erinnerungspolitik. (ps)

• **Angelina Flaig: Erfolgreich gegen Rechts. Wie die Freiburger »Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie« 1969 dazu beitrug, den Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag zu verhindern. Kugelberg Verlag, Gerstetten 2019.**

Das Thema des Buches ist hochaktuell: Wie sollen Demokrat*innen mit einer Partei umgehen, die von Landtagswahl zu Landtagswahl immer erfolgreicher wird? Diese Frage beschäftigte in den 1960er Jahren eine Gruppe von Freiburger Studierenden, die einen Verein gründeten, um den damals vermeintlich unaufhaltsamen Aufstieg der NPD zu stoppen. Angelina Flaig erinnert mit ihrer Studie an das zivilgesellschaftliche Engagement der »Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie« um den späteren SPD-Politiker Dietrich Elchlepp. Die Gruppe intervenierte in NPD-Veranstaltungen und setzte auf Gegeninformation durch Massenzeitungen und themenspezifische Flugblätter, mit denen die NPD-Forderungen und Positionen argumentativ auseinandergenommen wurden. Inwieweit sich Kampagnen gegen die heutige extreme Rechte an den Aktivitäten vor rund einem halben Jahrhundert orientieren können, wäre kritisch zu diskutieren. (ck)

• **Jörg-Uwe Albig: Zornfried, Klett-Cotta, Stuttgart 2019.**

In den letzten Jahren entdeckte das Feuilleton die Neue Rechte für sich und produzierte landauf, landab Portraits, allen voran von Götz Kubitschek. Auch Jörg-Uwe Albigs kurzweiliger Roman Zornfried widmet sich diesem Milieu und reflektiert dabei durchaus kritisch diesen journalistischen Trend der Home-Story: Ein Reporter begibt sich auf die Burg Zornfried, auf der sich allerlei rechte Akteure die Klinke in die Hand geben: Der »Waldgänger«, der keinen »kommunistischen Fichtenstaat« will, eine Gruppe stets (Kampf-) Sport treibender junger Männer (»W-Bubis«) und natürlich der hoch geehrte Dichter der Burg, Storm Linné höchstpersönlich, zu dessen Lesungen (»Tafelrunde«) die illustren Gestalten abends im »Saal des Willens« zusammenfinden. Das Buch nimmt humorvoll diese mitunter auch für die Medien aufgeführte Selbstinszenierung der Neuen Rechten auf's Korn, wobei jedes Kapitel mit einem Gedicht Storm Linnés eingeleitet wird. Eine Kostprobe: »Dort wo der fuchs in scharfer waid den hasen schlägt, wo raupen-schmaus erstirbt durch schnabels wucht, wo grauer rudel hunger nachts durch tannen schnürt, der kitze frevel-zahl im fraß zu bannen sucht.« Köstlicher Blödsinn. (vh)

• **Theodor W. Adorno: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag. Mit einem Nachwort von Volker Weiß. Suhrkamp, Berlin 2019.**

Mit einiger Aufmerksamkeit wurde vor kurzem dieser schmale Band (90 Seiten) aufgenommen, auch wenn er eine Analyse des bekannten Philosophen und Soziologen aus dem Jahr 1967 enthält. Adorno schilderte bei einem Vortrag an der Uni Wien einige Mittel und Taktiken des »neuen Rechtsradikalismus« vor dem Hintergrund des Aufstiegs der damals noch jungen NPD. Der auch als Audiomitschnitt erhalten gebliebene Vortrag liest sich wie eine »Flaschenpost« in die Zukunft und der Vergleich zum Aufstieg der AfD muss gar nicht explizit genannt werden. Für alle, die sich täglich mit den Erscheinungsformen der aktuellen extremen Rechten herum schlagen müssen, bietet der Band nützliche Orientierungen, um in den Auseinandersetzungen zu bestehen. (uj)

Fördermitglied werden

Wer Fördermitglied des apabiz wird, bekommt mindestens 4 mal jährlich unseren Rundbrief monitor kostenlos zugeschickt.

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag (ab 5 Euro), dafür erhaltet Ihr den monitor und ab und an weitere Broschüren, könnt euch Bücher ausleihen und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

Um Fördermitglied zu werden, genügt eine Mail.

Unser Info-Paket

Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz kommen möchten, gibt es unser Infopaket:

- 5 Exemplare des monitor (4 Ausgaben jährlich)
- ein Exemplar aller neuen Publikationen des apabiz (Broschüren, Dossiers etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

für 75 Euro im Jahr!

Wer darüber hinaus noch mehr Ausgaben des monitor zum Auslegen benötigt, kann diese gegen Porto kostenfrei nachbestellen.

monitor - rundbrief des apabiz

antifaschistisches pressearchive und bildungszentrum berlin e.V.
lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache
v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

☎ 030.6116249 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de